

EDITORIAL

Wenn die Alten ausgemustert werden

Die Formulierungen sind beim Abbau von Arbeitsplätzen fast immer gleich. Da heisst es jeweils, das Unternehmen werde die «natürliche Fluktuationsrate» bei den Beschäftigten ausnützen und zudem würden «vorzeitige Pensionierungen» ins Auge gefasst. Das Wort «Kündigungen» nimmt eben niemand gerne in den Mund. Wenn schon, dann gehört ein Sozialplan dazu. Schliesslich soll der Stellenabbau sozialverträglich erfolgen.

Vorzeitig aus der Arbeitswelt ausscheiden, das ist offensichtlich ein schwer zu umgehendes Schicksal für die ältere Generation. Ja, fast selbstverständlich wird hingenommen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahe der Pensionierungsgrenze so etwas wie beschäftigungspolitische Jongliermasse sind. Dabei kann dieser Abgang vom Erwerbsleben die Betroffenen ganz hart treffen. Als wegen der Rezession unvermittelt Arbeitskräfte freigesetzt wurden, sass der Schock bei vielen Angestellten, die oft über Jahrzehnte dem gleichen Arbeitgeber die Treue hielten, besonders tief.

Mittlerweile haben wir uns an eine höhere Arbeitslosenrate gewöhnt. Auch die strikte Pensionierungsgrenze von 65 Jahren für Männer und 62 Jahren für Frauen wurde im Selbstverständnis der Bevölkerung aufgeweicht. Es ist jedenfalls kein sozialer Schönheitsfehler, wenn jemand vor dem gesetzlichen Rentenalter die dritte Lebensphase beginnt. Allerdings: In der politischen Meinungsbildung wird um das Thema «flexibles Pensionierungsalter» noch gerne ein grosser Bogen gemacht.

Wie lange werden wir in der Zukunft überhaupt noch arbeiten? Oder anders gefragt: Zwingt uns die Umstrukturierung von der



Kurt Speck
über das flexible
Pensionierungs-
alter

Industrie- zur Informationsgesellschaft nicht einen neuen Arbeitsrhythmus auf? Natürlich gibt es darauf keine einfachen Antworten. In einer Serie zur Lebensarbeitszeit versucht die «HandelsZeitung» mit Fakten, Modellen und Expertenmeinungen das breite Spektrum abzustecken. An den Anfang stellen wir eine repräsentative Isopublic-Umfrage bei 1044 Schweizerinnen und Schweizern (siehe Seite 31), die deutlicher nicht ausfallen könnte: Mehr als zwei Drittel der befragten Personen treten bei den Frauen für ein Pensionierungsalter zwischen 60 und 62 Jahren ein. Rund die Hälfte votiert auch bei den Männern für diese untere Altersspanne.

Diese eindeutige Volksmeinung müsste eigentlich die Initianten für eine Flexibilisierung des AHV-Rentenalters ermuntern. Die Volksinitiative des Kaufmännischen Verbandes und der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände hat an der Basis aber bis anhin zu wenig Echo ausgelöst. Jedenfalls

fehlen noch immer 60 000 Unterschriften unter dem Initiativtext, der ein flexibles AHV-Rentenalter ab 62 Jahren für Frauen und Männer verlangt. Noch bleibt ein halbes Jahr, um die nötige Unterschriftenzahl zu erreichen, ab sofort auch mit der Unterstützung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei.

Hans-Rudolf Enggist, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, hat in einer «HandelsZeitung»-Gastkolonne vorgerechnet, dass jährlich 830 Mio Fr. an Mehrkosten anfallen würden, wenn sich bei einer Annahme der Initiative 70% der Frauen und 30% der Männer mit 62 pensionieren liessen. Dem hat er die 500 Mio Fr. des Staates zur Verbilligung des Schweizer Käseexportes oder die Kosten für die Milchverwertung (1 Mrd Fr.) gegenübergesetzt.

Die Flexibilisierung der AHV kostet etwas. Wir kommen an diesem Instrument aber künftig nicht mehr vorbei. Bereits sehen auch viele Pensionskassen die Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung vor. Nun einfach die sicher schwierige Finanzierung der AHV als Argument gegen jegliche Neuerungen vorzuschieben, wäre allzu billig. Derzeit prüft eine interdepartementale Arbeitsgruppe im Auftrag des Bundesrates die Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen, ebenso wie den zusätzlichen Geldbedarf etwa für die Neuordnung des Rücktrittsalters aus dem Erwerbsleben und dessen Flexibilisierung. Wir dürfen uns den Realitäten des heutigen Arbeitsmarktes nicht verschliessen: Flexible Modelle sind nicht nur in der Privatwirtschaft gefragt, der Staat hat bei der AHV ebenfalls mitzuziehen.